

Entscheidung zurückgestellt

Bauausschuss will alle städtebaulichen Varianten für Schulerweiterung weiter betrachten

VON ANKE BEIßER

Grünheide. Der Grünheider Bauausschuss empfiehlt, alle städtebaulichen Varianten für die Schulerweiterung auf dem Löcknitzcampus in der Vorplanung zu betrachten. Zudem sollen die Auswirkungen bei einem Nebeneinander von Schul- und Baubetrieb betrachtet werden.

Der Sozialausschuss hatte sich auf seiner Sitzung am Montag für eine der drei von externen Bauplanerinnen favorisierten städtebaulichen Varianten entschieden. Diese sieht einen Flachbau für die Mensa am Nordgiebel des Altbaus und ein dreigeschossiges Unterrichtsgebäude östlich des derzeitigen Neubaus vor. Der Bauausschuss am Donnerstag wollte sich auf nichts festle-

gen, hat mehr noch empfohlen, die vorab von den Planerinnen im Standortentwicklungskonzept aussortierten Möglichkeiten einzubeziehen. Intention ist, die Phase der Vorplanung ebenso offen zu gestalten wie das bisherige Verfahren. Neben den Vorschlägen für Kubaturen gibt es das Raumprogramm. Im nächsten Schritt soll beides zueinander geführt werden.

In der Debatte fand bei einigen Mitgliedern die vom Sozialausschuss empfohlene Variante „F“ – sie kommt mit kurzen Wegen im Schulalltag und einem separaten Mehrzweckraum den Vorstellungen der Hauptnutzer am nächsten – Anklang. Andere sahen die Kosten im Vordergrund, die bei nur einem Gebäude (Variante „D“) nördlich des Altbaus am niedrigsten vermutet werden. Ausschussvorsit-

zender Peter Komann (Alternative Liste pro Grünheide) wollte die Variante „G“ nicht ausschließen, die sich von „D“ insofern unterscheidet, dass das neue Gebäude weiter in den Campus hineinragt – bei Erhalt des Schildkrötengeheges und Verzicht auf die Begegnungsstätte.

Vorplanung soll Auswirkungen bei parallelem Schul- und Baubetrieb beleuchten

Einen ganz anderen Aspekt sprach Ulrich Kohlmann (Bürgerbündnis) an. Er zweifelte die bisher kalkulierte Höhe der Investition (7 Millionen Euro) an. Die Kosten für den parallelen Schul- und Baubetrieb seien nicht berücksichtigt. Dabei ver-

wies er gleich auf mehrere Problemkreise. Es gelte den Schutz der Baustelle zu gewährleisten, wie den der Nutzer in den Bestandsgebäuden. Um die Beeinträchtigungen im Schul- und Hortalltag so gering wie möglich zu halten, werde eventuell ein 24-Stunden-Betrieb der Baustelle notwendig, was teuer sei. Vielleicht werde die Auslagerung von Schule/Hort notwendig. Komme eine Variante am Giebel des Altbaus zum Tragen, fiele für die Bauzeit die Fluchttreppe weg. All die Fragen von Arbeits- und Brandschutz sowie Lärmbelästigung, Kollisionen von Bauablauf und Schulbetrieb seien vorab zu klären. Der Ausschuss schloss sich Kohlmanns Auffassung an, dass dies in der Vorplanung, bei der Entwicklung einer Vorzugsvariante, seinen Niederschlag finden müsse.